

Unsere Positionen

Dienstag, 26. August 2008

Letzte Aktualisierung Mittwoch, 23. Dezember 2009

Wir machen weiter – Bildungsstreik 2010! Im Jahr 2009 haben sich tausende Menschen an Aktionen beteiligt, um für bessere Lehr- und Lernbedingungen an Schulen, an Hochschulen und Betrieben zu kämpfen. Studierende haben im Zuge des bundesweiten Bildungsstreiks Hochschulen besetzt. Wir beteiligen uns an den Protesten von SchülerInnen, Auszubildenden und Studierenden gegen Bildungs- und Sozialabbau. Das sich der Protest auch lohnen kann, hat im Jahr 2008 das Beispiel Hessen gezeigt. Dort haben lang anhaltende Aktionen der Studierenden dazu geführt, dass sich die Mehrheit der WählerInnen bei der Landtagswahl für die Abschaffung der Studiengebühren ausgesprochen hat. Wir unterstützen eine Fortsetzung der Bildungsproteste auch im Jahr 2010. Für ein gebührenfreies Studium! Allgemeine Studiengebühren sind seit 2006 in Niedersachsen Realität. Die Höhe beläuft sich auf 500 € plus 75 € Verwaltungs-kostenbeitrag. Mit „sozialverträglichen“ Bildungskrediten soll nach Auffassung der Landesregierung jede und jeder in der Lage sein, sich das Studium zu finanzieren. Dies führt bei gleichzeitiger Erhöhung der finanziellen Hürde beim Eintritt ins Studium dazu, dass sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückzieht, bildungspolitische Anreize zu schaffen, um Menschen zur Aufnahme eines Studiums zu bewegen. Im Gegensatz zu vielen anderen Gruppen und Parteien lehnen wir konsequent jede Form von Studiengebühren ab, seien es nun Langzeit-, Zweit-, Senioren- oder Promotionsstudiengebühren. Studiengebühren verschärfen die ohnehin hohe soziale Auslese im deutschen Bildungssystem und sind ein weiterer Schritt zur Privatisierung von Bildung. Die LINKE. SDS bleibt bei ihrer Forderung: Studiengebühren jeglicher Art gehören abgeschafft! Das Studium darf nicht weiter vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb muss jeder und jedem eine ausreichende staatliche Studienfinanzierung zugesichert werden. Daher treten wir für ein elternunabhängiges BAföG ein. Für die offene Universität und ein selbstbestimmtes Studium! Stark restriktive Selektionsverfahren beim Zugang zum Studium und insbesondere der Bewerbung auf Masterstudienplätze, ein verschultes, auf andauerndes Abrufen von Leistung angelegtes Vollzeitstudium und die unsicheren Arbeitsmarktchancen mit einem Bachelor-Abschluss - dies sind Probleme nach der Umstrukturierung der Hochschulen. Diese negativen Begleiterscheinungen sorgen für eine hohe Unsicherheit und Perspektivlosigkeit potenzieller und immatrikulierter Studierender. Entgegen dem Ziel der Bundesregierung, vierzig Prozent eines Altersjahrgangs für ein Studium an einer deutschen Hochschule zu gewinnen, schürt die derzeitige Politik die Angst vor der Aufnahme eines Studiums und betreibt einen noch nie da gewesenen Bildungsabbau. Wir fordern daher ein emanzipato-risches Bildungssystem, welches wissenschaftliche und kritische Lehre ermöglicht und ein Studium, das keine SchmalspurakademikerInnen produzieren. Es geht auch anders! DIE LINKE.SDS an der Leibniz Universität Hannover setzt der neoliberalen, auf Hierarchie, Ungleichheit und ökonomischer Zweckbestimmung basierenden Bildungsidee ein an-deres Leitbild entgegen: Wir stehen für einen Bildungsbegriff, der Bildung als Bestandteil und notwendige Voraussetzung für die Emanzipation jedes einzelnen Menschen und der gesamten Gesellschaft betrachtet. Es geht darum, zur Entwicklung eines kritischen Geistes beizutragen, der gesellschaftliche Vorgänge analysieren kann, welches die Voraussetzung ihrer Veränderung ist. Eine solche Politik wird jedoch nur machbar sein, wenn vermeint-liche oder tatsächliche Sachzwänge nicht einfach als gegeben hingenommen, sondern hinterfragt und wenn nötig aufgehoben werden. Nach unserer Auffassung können Proteste gegen Bildungsabbau an der Universität nur Erfolge zeigen, wenn sie nicht nur der Artikulation von studentischen Partikularinteressen dienen. Gemeinsam mit den anderen Statusgruppen der Universität und emanzipato-rischen Kräften setzen wir uns ein für gesamtgesellschaftliche Veränderungen. Es gilt, die Zusammenhänge von zunehmender Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, schärfer werdenden Angriffen auf den Sozialstaat und den leeren öffentlichen Kassen aufzuzeigen und die Ursachen hierfür zu kritisieren, denn: Bil-dungs- und Sozialabbau entspringen derselben Logik!